

# KURZ UND GUT.

Kurzprogramm der AfD Sachsen-Anhalt  
zur Landtagswahl 2026

**ALLES IST MÖGLICH.**





## LIEBE BÜRGER,

---

zur Landtagswahl am 6. September treten wir an, um nicht mehr nur aus der Opposition heraus die Regierung zu kritisieren; wir treten an, um nun selbst zu regieren. Diesen Anspruch untermauern wir mit einem ausführlichen Regierungsprogramm voll konkreter Maßnahmen. Ihr könnt das komplette Programm im Weltnetz hier konsultieren:

[afd-regierungsprogramm.de](http://afd-regierungsprogramm.de)

Wenn Ihr eine gedruckte Buchfassung erhalten wollt, könnt Ihr Euch an jeden Kandidaten der AfD wenden.

Diese Broschüre enthält eine Kurzfassung unseres Regierungsprogramms, in der wir die wichtigsten Ideen und Maßnahmen für Euch zusammengefasst haben, damit Ihr Euch schnell einen Überblick über unsere Politik verschaffen könnt. Wir würden uns freuen, wenn wir Euch überzeugen könnten. Urteilt selbst!

Herzliche Grüße

Euer Ulrich Siegmund  
*Ministerpräsidentenkandidat*



# INHALTSVERZEICHNIS

---

|                                                       |           |
|-------------------------------------------------------|-----------|
| <b>I. FAMILIE UND KINDER</b>                          | <b>6</b>  |
| <b>II. EINWANDERUNG UND REMIGRATION</b>               | <b>7</b>  |
| <b>III. KULTUR UND INTEGRATION</b>                    | <b>8</b>  |
| <b>IV. SCHULBILDUNG</b>                               | <b>9</b>  |
| <b>V. WISSENSCHAFT</b>                                | <b>10</b> |
| <b>VI. INNERE SICHERHEIT</b>                          | <b>11</b> |
| <b>VII. JUSTIZWESEN</b>                               | <b>12</b> |
| <b>VIII. DEMOKRATIE UND BÜRGERRECHTE</b>              | <b>13</b> |
| <b>IX. WIRTSCHAFT UND TOURISMUS</b>                   | <b>14</b> |
| <b>X. ENERGIEPOLITIK</b>                              | <b>15</b> |
| <b>XI. LANDWIRTSCHAFT UND HEIMATPFLEGE</b>            | <b>16</b> |
| <b>XII. LÄNDLICHER RAUM UND KOMMUNALES</b>            | <b>17</b> |
| <b>XIII. VERKEHR UND INFRASTRUKTUR</b>                | <b>18</b> |
| <b>XIV. ÖFFENTLICHER DIENST UND VERWALTUNGSREFORM</b> | <b>19</b> |
| <b>XV. MEDIEN</b>                                     | <b>20</b> |
| <b>XVI. FINANZEN UND STEUERN</b>                      | <b>21</b> |
| <b>XVII. GESUNDHEIT UND PFLEGE</b>                    | <b>22</b> |

Die Altparteien betreiben eine Politik gegen die normale Familie und nehmen die sinkenden Geburtenraten achselzuckend hin. Wir aber wollen uns mit dem Sterben unseres Volkes nicht abfinden. Ziel unserer Politik sind starke Familien mit möglichst vielen Kindern. Zu diesem Zweck werden wir u.a.:

- ein Kinderwillkommensgeld i. H. v. 2000 Euro für die ersten beiden Kinder und 4000 Euro für jedes weitere Kind sowie ein monatliches Landeskindergeld i. H. v. von 50 Euro für das erste, 150 Euro für das zweite und 250 Euro für jedes weitere Kind einführen und eine Willkommenskultur für Kinder etablieren;
- für kostenfreie Kitaplätze und kostenfreies Schulessen sorgen;
- Familien mit Kindern als Vorbild der Lebensgestaltung präsentieren und die Familie als Keimzelle der Gesellschaft würdigen;
- die Frühsexualisierung an unseren Kitas beenden.

## **EINWANDERUNG UND REMIGRATION**

---

Die Altparteien erklären uns, es sei ein Gebot der Humanität, Einwanderer aus aller Herren Länder ohne Rücksicht auf unsere Interessen aufzunehmen. Die AfD ist die einzige Partei, die Einwanderung von Deutschland aus denkt. Wir sind nicht verpflichtet, Einwanderer, die uns schaden, ins Land zu lassen. Wir werden deshalb so viele illegale Einwanderer abschieben wie nur möglich. Wir werden u.a.:

- Asylanten und Flüchtlinge vorwiegend zentral unterbringen, nach § 5 Abs. 4 zu gemeinnütziger Arbeit verpflichten und mit Sachleistungen statt mit Geldleistungen versorgen;
- der Asyl- und Integrationsindustrie den Geldhahn zudrehen und die Willkommenskultur durch eine Verabschiedungskultur ersetzen;
- Ausreisepflichtige konsequent ausweisen und eine Abschiebeoffensive einleiten, das Kirchenasyl unterbinden und Personen, die Abschiebungen vereiteln, zur Rechenschaft ziehen.

Dass die Altparteien auf allen Gebieten eine Politik gegen die eigenen Bürger machen, lässt sich im Kern nur mit einer Identitätsstörung erklären. Wer mit sich selbst nicht im Reinen ist und sich für sein Deutschsein schämt, der kann nicht für das eigene Volk eintreten. Die Misere der herrschenden Politik ist kultureller Art und kann deshalb auch nur durch Kulturpolitik korrigiert werden. Um uns wieder ein gesundes Selbstbewusstsein zu geben, werden wir u.a.:

- die #moderndenken-Imagekampagne durch eine #deutschdenken-Imagekampagne ersetzen, die ein positives Nationalgefühl fördert und Ostdeutschland als Vorbild für deutsche Kultur kommuniziert;
- die Landeszentrale für politische Bildung gründlich reformieren und Kulturförderung an ein Bekenntnis zu unserem Land binden;
- die verfallenden Denkmäler in unseren Orten pflegen und erhalten;
- von einbürgerungswilligen Einwanderern bessere Kenntnisse unserer Kultur und ein Bekenntnis zu unserem Land verlangen.

Die Bildungskrise ist keine Krise des Geldes, sondern des Geistes. Die Schule wird mit einer Fülle nicht-schulischer Aufgaben überfrachtet, sodass sie sich ihren eigentlichen Aufgaben nicht mehr widmen kann. Wir werden die Schule wieder zur Bildungsanstalt machen, indem wir:

- den Leistungsgedanken statt Kuschelpädagogik in den Mittelpunkt stellen und die Bewertungsschlüssel wieder anheben;
- dem linken Indoktrinationsprogramm „Schule gegen Rassismus – Schule mit Courage“ die Förderung entziehen und statt der Regenbogenflagge die Deutschlandfahne hissen lassen;
- ein leistungsdifferenziertes Schulsystem mit starken Gymnasien, Realschulen, Hauptschulen und Förderschulen einführen;
- Sonderklassen für Flüchtlingskinder und an Problemschulen einen Wachdienst einführen, damit ungestörtes Lernen möglich wird.

Unsere Universitäten und Hochschulen leiden daran, dass die Wissenschaft in den letzten Jahrzehnten stetig bürokratisiert und politisch ideologisiert wurde. Wir werden die Wissenschaft davon befreien, indem wir:

- dafür sorgen, dass allein die Qualifikation und nicht das Geschlecht bei Bewerbungsverfahren eine Rolle spielt;
- die Einführung von BA/MA-Studiengängen rückabwickeln und wieder die bewährten deutschen Diplom- und Magisterstudiengänge einführen;
- fachspezifische Aufnahmeprüfungen für einzelne Fächer einführen statt starrer NC-Quoten;
- Genderstudien und Postkolonialismusstudien abschaffen.

Ein Staat, der die Sicherheit seiner Bürger nicht mehr gewährleistet, wird im Grundsatz fragwürdig. Wenn die Polizei als Unterdrückungsinstrument und nicht mehr als Freiheitsgarant wahrgenommen wird, ist das eine gefährliche Fehlentwicklung, der wir entgegenwirken, indem wir u.a.:

- mehr Polizisten einstellen und den Polizeivollzug von Verwaltungstätigkeiten entlasten;
- den Taser als Zwangsmittel unterhalb der Schusswaffe für noch professionelleres Polizeihandeln einführen;
- eine freiwillige Bürgerwacht zur Bekämpfung von Kleinkriminalität und Entlastung der Polizei einführen;
- mehr Einnahmen aus der Feuerschutzsteuer zweckgebunden einsetzen und Feuerwehrführerscheine fördern.

Das Justizwesen muss frei von parteipolitischem Einfluss bleiben und einzig und allein Recht und Gerechtigkeit verpflichtet sein. Eben daran aber mangelt es zunehmend. Verwerfliche Verbrechen werden lax bestraft, fragwürdige Meinungsdelikte streng verfolgt. Wir werden das Vertrauen in die Justiz wiederherstellen, indem wir:

- dafür sorgen, dass ausländische Straftäter ihre Strafe im Heimatland verbüßen und Gewaltverbrechen und Rohheitsdelikte generell strenger verfolgt werden;
- Richterstellen allein nach Qualifikation besetzen;
- uns dafür einsetzen, dass die Strafmündigkeitsschwelle auf 12 Jahre herabgesetzt und die Rechtsfigur des „Heranwachsenden“ im Jugendstrafrecht abgeschafft wird;
- Verstöße und Widerstand gegen die Corona-Zwangsmaßnahmen amnestieren.

## DEMOKRATIE UND BÜRGERRECHTE

---

Unter dem Vorwand, die Demokratie zu schützen, zerstören die Altparteien die Demokratie. Sie überwachen die Bürger und schränken ihre Rechte immer stärker ein. Wir werden diese schleichenden Freiheitseinschränkungen nicht länger hinnehmen und Demokratie und Bürgerrechte stärken, indem wir:

- den Verfassungsschutz zu einem Geheimdienst reformieren, der sicherheitsrelevante Informationen beschafft, aber nicht mehr die patriotische Opposition bekämpft;
- sicherstellen, dass Gegendemonstrationen die Demonstrationen, gegen die sie sich richten, nicht mehr verhindern;
- mehr direkte Demokratie ermöglichen;
- die willkürliche Verweigerung von Waffenscheinen aufgrund politischer Gesinnung beenden und die Gängelung rechtstreuer Legalwaffenbesitzer beenden.

Die Altparteien betrachten Wirtschaftspolitik als Vehikel zur Durchsetzung wirtschaftsfremder Ideen. Das schadet unserer Wirtschaft. Wir werden stattdessen eine Wirtschaftspolitik umsetzen, die nur ein Ziel kennt: Wohlstand mehren! Dazu werden wir:

- uns dafür einsetzen, dass die wirtschaftsschädlichen Russlandsanktionen beendet werden;
- radikal entbürokratisieren und die Wirtschaft von vielen sinnlosen Regelungen befreien;
- den Auszubildenden in Sachsen-Anhalt einen Führerscheinzuschuss in Höhe von 1500€ gewähren;
- uns auf die Förderung heimischer Unternehmen fokussieren, statt ausländische Großkonzerne in Millionenhöhe zu subventionieren.

Die herrschende Energiepolitik vernichtet unseren Wohlstand, angeblich für das Wetter in 100 Jahren. Aber selbst, wenn der Klimawandel auf das vom Menschen erzeugte CO<sub>2</sub> zurückginge, was nicht bewiesen ist und zunehmend bezweifelt wird, würden wir ihn von Deutschland aus nicht aufhalten. Unsere Energiepolitik stellt das Ziel einer nachhaltigen, günstigen und krisensicheren Energieversorgung in den Mittelpunkt. Deshalb werden wir:

- die Landesenergieagentur abschaffen und der Klimarettungsindustrie den Geldhahn zudrehen;
- das sog. „Akzeptanzgesetz“, das die Kommunen nötigt, Wind- und Solarparks zu akzeptieren, abschaffen;
- die grüne Wasserstoffstrategie beenden und die damit verbundene Steuergeldverschwendung stoppen;
- auf Bundesebene Druck machen, um die groteske Klimarettungspolitik zu beenden.

## **LANDWIRTSCHAFT UND HEIMATPFLEGE**

---

Landwirte sind für die Versorgung mit Lebensmitteln und damit die Unabhängigkeit unseres Landes unverzichtbar. Die herrschende Politik jedoch lässt unsere Landwirte an Bürokratie ersticken und bringt ihnen nicht die Wertschätzung entgegen, die ihnen zukommt. Wir werden dem entgegenwirken, indem wir:

- jede Form der Landwirtschaft fördern, nicht nur Biobetriebe;
- so weit wie möglich die EU mit ihren rigiden Vorgaben zurückdrängen und die Agrarpolitik renationalisieren;
- die Regelungen zur Nutztierhaltung vereinfachen und die private Nutztierhaltung erleichtern;
- unsere Wälder nachhaltig wieder aufforsten.

## **LÄNDLICHER RAUM UND KOMMUNALES**

---

Entgegen ihren Lippenbekenntnissen zum ländlichen Raum versuchen die Altparteien das Leben in den großen Städten zu konzentrieren. Wir dagegen bekennen uns zum ländlichen Raum als Lebensraum, indem wir:

- Kommunen besser finanzieren und zugleich der Kommunalverwaltung mehr Spielraum lassen;
- Nahverkehrslinien im ländlichen Raum ausbauen statt streichen und für flächendeckenden Netzeempfang sorgen;
- die Gleichstellungsbeauftragten abschaffen und Förderprojekte von Regenbogenideologie befreien;
- Bürokratie abbauen und dörfliche Strukturen durch gezielte Förderungen erhalten.

## **ÖFFENTLICHER DIENST UND VERWALTUNGSREFORM**

---

Die öffentliche Verwaltung lähmt unsere Wirtschaft mit sinnloser Bürokratie. Sie ist aufgebläht, zu langsam und hat vergessen, dass sie dem Bürger dienen soll. Ihr Apparat ist durchsetzt mit Altparteienfilz. Wir werden dem ein Ende setzen, indem wir:

- Ausgaben in Verwaltung und Ministerien kürzen und die Zahl der Ministerien reduzieren;
- unnötige Landesgesellschaften auflösen und das Landesverwaltungsamt abschaffen;
- überflüssige Gesetze streichen und parteinahen Stiftungen keinerlei Gelder mehr ausreichen;
- für eine effiziente Personalpolitik sorgen und das Unwesen der Beauftragten für Gender, Gleichstellung, Diversity etc. abschaffen.

## **VERKEHR UND INFRASTRUKTUR**

---

Die herrschende Verkehrspolitik zeichnet sich durch eine zunehmende Autofahrerfeindlichkeit im Zeichen der Klimaideologie aus. Straßen und Brücken verfallen. Sanierungsprojekte kommen auch aufgrund bürokratischer Hürden nicht voran. Wir werden hier umsteuern, indem wir:

- den Ausbau des Straßennetzes beschleunigen und uns dafür einsetzen, das Verbandsklagerecht abzuschaffen;
- Baumaßnahmen autofahrerfreundlich gestalten und das LKW-Chaos an Autobahnen beenden;
- den Radwegausbau fördern, aber klimapolitische Projekte wie die Förderung von Lastenrädern einstellen;
- Fährverbindungen erhalten, Wasserstraßen ausbauen und ihr touristisches Potential nutzen.

Der öffentlich-rechtliche Rundfunk (ÖRR) soll eine Grundversorgung an politischer Information und Unterhaltung bereithalten, ist jedoch mittlerweile von Ineffizienz, Überangebot und politischer Einseitigkeit geprägt. Außerdem geht es nicht an, dass Bürger, die den ÖRR nicht nutzen wollen, ihn trotzdem bezahlen müssen. Wir werden deshalb:

- die Rundfunkstaatsverträge kündigen und damit den Anfang vom Ende des zwangsgebühren-finanzierten Staatsfunks einleiten;
- im ÖRR Meinungsfreiheit und parteipolitische Neutralität durchsetzen und Projekten wie dem pervers-linken „Radio Corax“ den Geldhahn zudre-  
hen;
- die Medienanstalt reformieren, verschlanken und kontrollieren.

Die Finanzpolitik der Altparteien ist durch hemmungsloses Schuldenmachen einerseits und immer neue Steuererhöhungen andererseits gekennzeichnet. Der Finanzbedarf des gefräßigen Altparteienstaates kennt keine Grenzen. Wir setzen dagegen auf vernünftiges Haushalten und einen schlanken Staat. Wir werden:

- die Grunderwerbssteuer senken und Bagatellsteuern streichen;
- keine neuen Abgaben einführen, keine Steuern erhöhen und uns gegen den staatlichen Kirchensteuereinzug einsetzen;
- keine neuen Sondervermögen auflegen und die zügellose Schuldenmacherei am Haushalt vorbei beenden;
- die üblichen Haushaltstricks zur Verschleierung von Ausgaben durch ein Transparenzgesetz unterbinden.

Gesundheit ist keine Ware, sie zu schützen muss das oberste Gebot einer guten Gesundheitspolitik sein. Unser besonderes Augenmerk gilt der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum und der Stärkung der Familien, die Angehörige pflegen. Wir werden deshalb:

- die Pflege zu Hause und ambulante Palliativdienste fördern;
- mehr Medizinstudienplätze schaffen und ein spezielles Landarztstipendienprogramm auflegen;
- Krankenhäuser nicht mehr privatisieren und mehr regionale Gesundheitszentren schaffen;
- Notaufnahmen erhalten und mobile Ersthelfer in das Notrufsystem aufnehmen.

## Impressum

Herausgeber: AfD-Landesverband Sachsen-Anhalt

Schönebecker Str. 11-13

39104 Magdeburg

E-Mail: [geschaeftsstelle@afd-lsa.de](mailto:geschaeftsstelle@afd-lsa.de)

Telefon: +49 (391) 40 59 69 72

Vi.S.d.P.:

Patrick Harr

Schönebecker Str. 11-13

39104 Magdeburg

*Kurzprogramm der AfD Sachsen-Anhalt  
zur Landtagswahl 2026*



**Politische Werbung**



Herausgeber: Alternative für Deutschland (AfD) -  
Landesverband Sachsen-Anhalt, Schönebecker Str. 11-13, 39104 Magdeburg.  
Kontrollierende Einrichtung: Alternative für Deutschland (AfD) -  
Bundesverband, Eichhorster Weg 80, 13435 Berlin.

Diese Werbung steht im Zusammenhang mit der Landtagswahl in  
Sachsen-Anhalt am 06.09.2026.  
Weitere Informationen unter dem abgebildeten QR-Code oder URL:  
<https://afd-lsa.de/transparenzerklaerung-kurzprogramm-lv/>